

WIR FORDERN EIN DEMOKRATISCHES UND SOZIALES EUROPA!

SCHULDEN STREICHEN!

In Schuldenaudits ist zu klären, wie die öffentlichen Schulden zustande gekommen sind. Ihre Rechtmäßigkeit muss bewertet werden und Empfehlungen erarbeitet, wie mit den Schulden umzugehen ist. Dabei müssen die Ersparnisse und Rentenansprüche der Lohnabhängigen gesichert, die Zins- und Tilgungsansprüche der Reichen, der Banken, der Hedgefonds und Konzerne annulliert werden.

REICHTUM UMWERTEILEN!

Die Profiteure der Krise müssen endlich angemessen an ihren Kosten beteiligt werden. Die staatlichen Einnahmen müssen erhöht und Reichtum muss massiv umverteilt werden. Dazu brauchen wir eine stärkere Besteuerung von hohem Einkommen und Vermögen

sowie eine Finanztransaktionssteuer, deren Erträge für Armutsbekämpfung, Klimaschutz oder globale soziale Mindeststandards eingesetzt werden.

BANKEN ENTMACHTEN!

Banken, die mit öffentlichen Geldern gerettet werden, sind zu vergesellschaften und unter demokratische Kontrolle zu stellen. Großbanken, die als „too big to fail“ gelten, müssen zerschlagen werden.

DEMOKRATIE ERKÄMPFEN!

Die Vorherrschaft der Finanzmärkte setzt demokratische Gestaltungsmöglichkeiten außer Kraft. Der übermächtige Einfluss der Finanzlobby muss offengelegt und zurückgedrängt werden. Um soziale Spaltung zu überwinden, setzen wir uns für ein demokratisches, solidarisches Europa ein.

Die Lage ist ernst! Jetzt protestieren! Attac unterstützen! Aktiv und durch Spenden! Helft mit beim Mobilisieren! Kommt zu unseren Info-Veranstaltungen!

Alle Infos und Materialien unter
www.attac.de/eurokrise
www.european-resistance.org

Kontakt:
Attac Bundesbüro, Münchener Str. 48, 60329 Frankfurt/Main
Tel.: 069-900 281-10, E-Mail: info@attac.de

Attac Trägerverein e.V., Konto-Nr.: 800 100 800,
GLS Gemeinschaftsbank, BLZ 430 609 67



EUROPÄISCHE AKTIONSTAGE IN FRANKFURT!
17.–19. Mai 2012



17. Mai Camp
18. Mai Blockade
19. Mai Internationale Demo
Dezentraler Aktionstag am 12. Mai

INTERNATIONALE SOLIDARITÄT GEGEN DIE KRISENPOLITIK DER BUNDESREGIE- RUNG UND DER EU

Deutschland wurden Niedriglöhne, „Hartz IV“, die „Rente mit 67“ und die „Schuldenbremse“ verordnet.

Unter dem Einfluss der Bundesregierung verschreibt die Troika aus EZB (Europäischer Zentralbank), EU-Kommission und IWF (Internationalem Währungsfonds) dieses Rezept in höherer Dosierung ganz Europa – mit tödlichen Folgen. In Griechenland werden Löhne einschneidend gesenkt, verlieren Hunderttausende ihre Arbeitsplätze, werden Schulen geschlossen, erhalten Krankenhäuser keine Medikamente, hungern Kinder. Diese brutale Verarmungspolitik soll der „Rettung“ Griechenlands dienen, doch eine Gesellschaft wird zerstört. Die Troika-Therapie entspricht dem Vorgehen des IWF aus den 80er Jahren für die „Dritte Welt“, damals wie heute mit denselben schockierenden Folgen. Denn die Menschen in Griechenland sehen keinen Cent von den Milliardenkrediten, die über die „Rettungspakete“ zur Verfügung gestellt werden. Sie dienen vor allem den Vermögensbesitzern, Banken und Konzernen. Ihre Profite werden mit dieser ökonomischen Schockstrategie gesichert. Zur Kasse gebeten werden diejenigen, die keinerlei Verantwortung für die Krise haben. Die Schulden der einen sind die Vermögen der anderen.

DIE NEOLIBERALE SCHOCKTHERAPIE ZERSTÖRT EUROPA

Die katastrophale Wirkung der europäischen Krisenbehandlung zeigt sich in Griechenland und Portugal besonders krass, doch eine ähnliche Politik wird allen EU-Ländern verordnet. Der „Fiskalpakt“ soll die Schocktherapie sogar für alle Zukunft festschreiben. Die neoliberale Ausrichtung der EU wird damit verschärft, die Souveränität der nationalen Parlamente weiter eingeschränkt und die Demokratie zunehmend ausgehöhlt. Die Regierungen der Europäischen Union treiben mit ihrer autoritären Umgestaltung Europas ein gefährliches Spiel. Sie zerstören die Chancen für ein solidarisches und demokratisches Europa.

Erneut erweckt die deutsche Regierung den Eindruck, Deutschland gehe es blendend und die Krise sei ein Problem der anderen. Aber die europäische Krise droht die gesamte Weltwirtschaft anzustecken. Dem kann sich Deutschland als stark weltmarktabhängiges Land nicht entziehen. Wellen steigender Arbeitslosigkeit, sinkender Löhne und des Sozialabbaus werden auch hier anrollen.

WIR SAGEN: NICHT MIT UNS!

Diese Katastrophenpolitik nehmen wir nicht länger hin. Als Teil eines breiten Bündnisses werden wir zusammen mit vielen Menschen aus anderen europäischen Ländern unseren Protest in die Finanzmetropole Frankfurt tragen, wo zahlreiche internationale Banken und Konzerne ihren Sitz haben und vor allem die EZB als eine entscheidende Schaltstelle der herrschenden Politik.

Am 17. Mai werden AktivistInnen vieler politischer Spektren, darunter auch von Attac, zentrale Plätze der Stadt besetzen, um Raum für Diskussion und inhaltlichen Austausch zu schaffen. Am 18. Mai werden sie den Geschäftsbetrieb der EZB in Frankfurt blockieren, um ihrer tiefen Empörung über die Politik der Troika Ausdruck zu verleihen. Am 19. Mai werden wir uns zu einer großen internationalen Demonstration versammeln, um die Breite der Proteste sichtbar zu machen.

Die Frankfurter Protesttage folgen direkt dem europaweiten Aktionstag des 12. Mai und dem Jahrestag der ersten Asambleas von Madrid.

Schließt euch den Protesten an!

